## Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land

Sozialgericht Hessisches Landessozialgericht Sachgebiet

Entschädigungsklage bei überlanger

Verfahrensdauer

**Abteilung** 

Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette

1. Instanz

Aktenzeichen Datum

2. Instanz

Aktenzeichen L 6 SF 23/18 EK SF

12.05.2021 Datum

3. Instanz

Datum

I. Â Der Beklagte wird verurteilt, dem Kläger wegen überlanger Dauer des vor dem Sozialgericht Kassel unter dem Aktenzeichen S 5 SF 28/15 E gefÄ1/4hrten Verfahrens eine Entschäzdigung in Hä¶he von 920 Euro zzgl. Zinsen in Hä¶he von fünf Prozentpunkten über dem jeweiligen Basiszinssatz ab Rechtshängigkeit zu zahlen. Im ̸brigen wird die Klage abgewiesen.

II. Â Die Kosten des Verfahrens hat der Beklagte zu tragen.

III. Â Â Die Revision wird nicht zugelassen.

#### **Tatbestand**

Der KlĤger begehrt eine EntschĤdigung wegen überlanger Dauer des vor dem Sozialgericht Kassel unter dem Aktenzeichen S 5 SF 28/15 E geführten Erinnerungsverfahrens.

Der Kläger erhob am 16. Dezember 2013 Untägtigkeitsklage beim Sozialgericht Kassel. Das Verfahren endete nach Erlass des begehrten Bescheides durch Abgabe einer ErledigungserklĤrung am 17. Juli 2015 (Bl. 41 S 11 AY 13/13). Der Beklagte zu 1 gab am 9. Oktober 2014 ein Kostengrundanerkenntnis ab (Bl. 76 S 11 AY

## 13/13).Â

Der ProzessbevollmĤchtigte beantragte mit Schreiben vom 16. Oktober 2014, eingegangen am 17. Oktober 2014, die Kostenfestsetzung für das Verfahren in Höhe von 532,53 Euro. Nach Stellungnahme des Beklagten zu 1 und des Prozessbevollmächtigten im Oktober 2014 sowie einer Sachstandsanfrage des Prozessbevollmächtigten am 15. April 2015 setzte der zuständige Urkundsbeamte der Geschäftsstelle die von dem Beklagten zu 1 zu tragenden Kosten am 17. April 2015 auf 362,95 Euro fest (Bl. 79 â∏ 90 S 11 AY 13/13).

Der Kostenfestsetzungsbeschluss wurde dem ProzessbevollmĤchtigten am 17. April 2015 zugestellt (Bl. 93 S 11 AY 13/13).

Der ProzessbevollmĤchtigte legte am 21. April 2015 Erinnerung gegen die Kostenfestsetzung ein und begehrte eine hĶhere Festsetzung der Verfahrens- und Terminsgebļhr.Â

Der Urkundsbeamte half der Erinnerung nicht ab (Bl. 1 R S 5 SF 28/15 E).Â Das Verfahren wurde unter dem Aktenzeichen S 5 SF 28/15 E geführt. Nach Eingang wurde der Erinnerungsgegner mit Schreiben vom 26. Mai 2015 zur Stellungnahme aufgefordert, dieser erwiderte mit Schreiben vom 1. Juni 2015, eingegangen am 2. Juni 2015. Dieses Schreiben wurde dem Prozessbevollmächtigte am 5. Juni 2015 übersandt. Mit gerichtlichen Schreiben vom 25. November 2015 wurde der ProzessbevollmĤchtigte aufgefordert zu prüfen, ob das Verfahren nach den Beschlüssen der 7. Kammer zu den maÃ∏geblichen Fallgestaltungen nicht zurļckgenommen werden kĶnne. Am 30. November 2015 teilte der Prozessbevollmächtigte mit, dass die Erinnerung nicht zurückgenommen werde, weil der anwaltlichen Mehrarbeit in den angesprochenen Beschlä¼ssen nicht Rechnung getragen werde. Dieses Schreiben wurde dem Erinnerungsgegner am 3. Dezember 2015 zur Kenntnis A¼bersandt (Bl. 6 ff S 5 SF 28/15 E).A Mit Schreiben vom 5. Juni 2016, eingegangen am 6. Juni 2016, bat der ProzessbevollmÄxchtigte um Sachstandsmitteilung und erhob Verzögerungsrüge. Daraufhin teilte das Gericht mit, dass deutlich ältere Hauptsachverfahren und immer wieder Eilverfahren zur Entscheidung ausstehen. Mit Schreiben vom 13. April 2018, eingegangen am nÄxchsten Tag, erinnerte der ProzessbevollmÄxchtigte an die Erinnerung und stellte die Erhebung einer EntschĤdigungsklage in Aussicht, woraufhin das Gericht am 17. April 2018 mitteilte, dass die Entscheidung aller Kostensachen fA<sup>1</sup>/<sub>4</sub>r dieses Jahr geplant sei, und bat wegen zahlreicher Hauptsachen und immer wieder ER-Sachen um Verständnis (Bl. 13 â∏∏ 18 S 5 SF 28/15 E).

Der KlĤger hat am 7. November 2018 EntschĤdigungsklage beim LSG eingereicht, die Klageschrift wurde dem Beklagten am 29. November 2018 zugestellt (Bl. 10 GA).

Der Beklagte hat in der Klageerwiderung anerkannt, dass das Ausgangsverfahren S 5 SF 28/15 E vor dem Sozialgericht unangemessen lange dauerte (Bl. 23 GA).Â

Das Sozialgericht Kassel hat mit Beschluss vom 8. April 2020  $\tilde{A}^{1/4}$ ber die Erinnerung zur $\tilde{A}^{1/4}$ ckgewiesen (Bl. 37 ff GA).

Der Kläger ist der Ansicht, es sei nach <u>§ 198 Abs. 1 GVG</u> eine Entschädigung bei einer unangemessenen Dauer von Gerichtsverfahren zu leisten. Mit Blick auf die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom 11. Juli 2013 zu dem Az.: <u>5 C 23.12</u> D und den auch vorliegend allenfalls durchschnittlichen Schwierigkeitsgrad des Verfahrens dþrfte hier nach deutlich mehr als 12 Monaten Untätigkeit des Gerichts der Anspruch des Klägers auf die geltend gemachte Entschädigung bestehen.

Soweit der Beklagte auf das Urteil des Hessischen LSGs vom 1. August 2018 zu dem Az.: L 6 SF 2/18 EK SB verweise, werde nicht beachtet, dass im hier vorliegenden Ausgangsverfahren nicht um die Festsetzung geringfügiger Aufwendungen für Kopien gestritten werde. Streitig seien dort in der Sache selbst Gebühren in einer Höhe von 169,58 Euro gewesen.Â

Es habe auch mit Blick auf <u>Art 19 Abs. 4 GG</u> erhebliche Bedeutung fýr den Kläger, ob er aufgrund ggf. erheblicher und ggf. rechtswidriger Kýrzungen bei Gebührenfestsetzungen keine(n) Bevollmächtigte(n) mehr finde, die/der bereit sei, ihn im Existenzsicherungsrecht zu vertreten.

Der KlĤger beantragt,

den Beklagten zu verpflichten, ihm wegen unangemessener Dauer des Gerichtsverfahrens S 5 SF 28/15 E vor dem Sozialgericht Kassel eine Entsch $\tilde{A}$ ¤digung von monatlich 20,00 Euro f $\tilde{A}$  $^{1}$ 4r 46 Monate in H $\tilde{A}$ ¶he von 920 Euro zzgl. Zinsen beginnend ab dem 5. Juni 2016 zu zahlen. $\hat{A}$ 

Der Beklagte beantragt, Â

die EntschĤdigungsklage abzuweisen.

Der Beklagte ist der Ansicht, ein Entschä¤digungsanspruch bestehe nicht. Zwar werde anerkannt, dass das Erinnerungsverfahren unangemessen gedauert habe, doch die Dauer des Verfahrens fã¼hre nicht dazu, dass eine Entschä¤digung in Geld beansprucht werden kã¶nne. Vielmehr entspreche es der hã¶chstrichterlichen Rechtsprechung, dass bei Ã□berlä¤nge eines Kostenfestsetzungs- und Erinnerungsverfahrens im Regelfall keine Entschä¤digung in Geld in Betracht kã¤me. Es wã¼rden auch keine Grã¼nde aufgezeigt, warum von diesem Grundsatz abgewichen werden sollte. Da von vornherein keine Entschä¤digungspflicht in Geld bestehe, kã¶nne der Klã¤ger dies nicht durch die Geltendmachung eines geringeren monatlichen Entschã¤digungsbetrages kompensieren. Dies decke sich nicht mit den geltenden Vorschriften und wã¼rde die hã¶chstrichterliche Rechtsprechung in ihr Gegenteil verkehren. Der Beklagte verweist hierzu auf die Entscheidungen des BSG, Urteil vom 10. Juli 2014 â□ B 10 à G 8/13 R â□ und des hiesigen Senats (Urteil vom 1. August 2018 â□ L 6 SF 2/18 EK SB â□ juris).

Die Beteiligten haben übereinstimmend ihr Einverständnis zur Entscheidung ohne mündliche Verhandlung nach <u>§ 124 Abs. 2 SGG</u> erklärt (Bl. 69, 73 GA).Â

Wegen der weiteren Einzelheiten wird Bezug genommen auf den Inhalt der Gerichtsakte und der beigezogenen Gerichtsakten (S 11 AY 13/13, S 5 SF 28/15 E), die Gegenstand der Beratung waren.

## Entscheidungsgründe

Der Senat konnte den vorliegenden Rechtsstreit gemäÃ∏ <u>§ 201</u> Gerichtsverfassungsgesetz (GVG) in Verbindung mit <u>§ 202</u> Sozialgerichtsgesetz (SGG) ohne mþndliche Verhandlung durch Urteil entscheiden, weil die Beteiligten ihr Einverständnis hierzu nach <u>§ 124 Abs. 2 SGG</u> erteilt haben.

Das LSG ist fÃ $\frac{1}{4}$ r die erhobene Klage zustÃ $\frac{1}{4}$ ndig ( $\frac{1}{4}$ 51 Abs. 1 Nr. 10,  $\frac{1}{4}$ 5 202 Satz 2 SGG i.V.m. den  $\frac{1}{4}$ 5 198 ff. GVG), da es sich bei dem Ausgangsverfahren um ein Verfahren aus dem Bereich der Sozialgerichtsbarkeit handelt.

A. Die auf § 198 GVG gestützte Entschädigungsklage ist zulässig.

Die Klage ist als allgemeine Leistungsklage statthaft ( $\hat{A}\S 54 \text{ Abs. 5 SGG}$ ; vgl. BSG, Urteil vom 21. Februar 2013 â $\square$  B 10  $\tilde{A}\square$ G 1/12 KL â $\square$  juris; BSG, Urteil vom 3. September 2014 â $\square$  B 10  $\tilde{A}\square$ G 12/13 R â $\square$  juris; BSG, Urteil vom 3. September 2014 â $\square$  B 10  $\tilde{A}\square$ G 2/14 R â $\square$  juris) und â $\square$  nach Abschluss des Ausgangsverfahrens â $\square$  auch im  $\tilde{A}\square$ brigen zul $\tilde{A}$ xssig, insbesondere form- und fristgerecht erhoben worden. $\hat{A}$ 

Die Einlegungsfrist des <u>ŧ 198 Abs. 5 S. 2 GVG</u>, wonach die Klage spĤtestens sechs Monate nach Rechtskraft der Entscheidung, die das Verfahren beendet hat, erhoben werden muss, hat der KlĤger eingehalten, wobei der Beschluss vom 8. April 2020, mit welchem über die Erinnerung des KlĤgers im Kostenfestsetzungsverfahren entschieden wurde, als verfahrensbeendigender Beschluss zu verstehen ist.Â

Die Wartefrist des <u>ŧ 198 Abs. 5 S. 1 GVG</u>, wonach eine EntschĤdigungsklage frühestens sechs Monate nach Erhebung der Verzögerungsrüge erhoben werden kann, wurde ebenfalls eingehalten. Bei Erhebung der Entschädigungsklage am 7. November 2018 war die Sechsmonatsfrist des <u>§ 198 Abs. 5 Satz 1 GVG</u> bezogen auf die am 5. Juni 2016 angebrachte Verzögerungsrüge bereits abgelaufen und die Klage damit nicht verfrüht erhoben.

B. Die sich unter Berücksichtigung des <u>§ 200 Satz 1 GVG</u> zu Recht gegen das hier passivlegitimierte Land Hessen richtende Entschädigungsklage ist auch begründet.

Der Kläger hat Anspruch auf Zahlung einer Entschädigung wegen des erlittenen immateriellen Nachteils.

Nach <u>§ 198 Abs. 1 Satz 1 GVG</u> wird derjenige angemessen entschĤdigt, der infolge unangemessener Dauer eines Gerichtsverfahrens als Verfahrensbeteiligter einen Nachteil erleidet.

1. Der KlĤger begehrt die EntschĤdigung für Verzögerungen im Erinnerungsverfahren bezüglich der nach Erledigung der Hauptsache noch zu treffenden Kostenfestsetzung.Â

Das Begehren des rechtskundig vertretenen Klägers wird im Lichte des aus § 123 SGG folgenden â∏ne ultra petitaâ∏ Grundsatzes dahingehend vom Senat ausgelegt, dass er die Entschädigung fþr die unangemessene Dauer des Verfahrens in Höhe von 20,00 Euro monatlich ab Erhebung der Verzögerungsrþge begehrt.

Bei dem Erinnerungsverfahren handelt es sich â net wie der Senat bereits entschieden hat â net mein Gerichtsverfahren im Sinne von § 198 Abs. 6 Nr. 1 GVG (Hessisches LSG, Urteil vom 1. August 2018 â net L 6 SF 2/18 EK SB â net Rn. 21, juris mit Verweis auf: BSG, Urteil vom 10. Juli 2014 â net B 10 à net B 10 R and Juris; Röhl in Schlegel/Voelzke, JurisPK- SGG Kommentar, 1. Auflage 2017, Stand Mai 2018 Rn. 21) und nicht bloà einen unselbststà ndigen Annex zum vorangegangenen, abgeschlossenen Hauptsacheverfahren.

2. Der Kläger hat die Dauer des Verfahrens durch Erhebung der Verzögerungsrüge am 14. April 2018 gerügt. Damit ist den Voraussetzungen von <u>§ 198 Abs. 3 Satz 1 GVG</u> genügt. Denn eine Entschädigung erhält ein Verfahrensbeteiligter gemäÃ∏ <u>§ 198 Abs. 3 GVG</u> nur, wenn er bei dem mit der Sache befassten Gericht die Dauer des Verfahrens gerügt hat (vgl. BSG, Urteil vom 27. Juni 2013 â∏ B 10 Ã∏G 9/13 B â∏ juris).

Die VerzĶgerungsrļge kann jedoch erst erhoben werden, wenn Anlass zur Besorgnis besteht, dass das Verfahren nicht in einer angemessenen Zeit abgeschlossen wird (§ 198 Abs. 3 S. 2 Halbs. 1 GVG). Das Verfahren war zum Zeitpunkt der VerzĶgerungsrļge bereits 18 Monate anhĤngig. Da seit Anfang Dezember 2015 keine gerichtlichen AktivitĤten erkennbar waren, bestand Anlass von einer unangemessenen Bearbeitungszeit auszugehen. Die formgerecht und wirksam erhobene VerzĶgerungsrļge erfasst damit auch den zuvor verstrichenen Zeitraum des Ausgangsverfahrens und bezieht diesen in die Prļfung der Angemessenheit mit ein. Dies gilt auch dann, wenn die VerzĶgerungsrļge schon frļher hĤtte erhoben werden kĶnnen (vgl. Urteil des BSG vom 7. September 2017 Å B 10 Ä□G 3/16 R -, juris Rn. 20; LSG Mecklenburg-Vorpommern, Urteil vom 12. Februar 2020 â□□ L 12 SF 39/17 EK AS â□□, Rn. 38, juris).

3. Der die Zeit von der Erhebung der Erinnerung bis zum Abschluss des Kostenfestsetzungsverfahrens umfassende Zeitraum stellt auch eine unangemessene Verfahrensdauer dar, was von Seiten des Beklagten anerkannt wird.

Die Angemessenheit der Verfahrensdauer richtet sich gemäÃ∏ <u>§ 198 Abs. 1 Satz 2 GVG</u> nach den Umständen des Einzelfalls, insbesondere nach der Schwierigkeit und Bedeutung des Verfahrens sowie nach dem Verhalten der Verfahrensbeteiligten und Dritter.

Ausgangspunkt und erster Schritt der Angemessenheitspr $\tilde{A}^{1}$ /4fung bildet die Feststellung der in  $\hat{A}$ § 198 Abs. 6 Nr. 1 GVG definierten Gesamtdauer des Gerichtsverfahrens von der Einleitung bis zum rechtskr $\tilde{A}$ ¤ftigen Abschluss. Kleinste im Geltungsbereich des Gesetzes  $\tilde{A}^{1}$ /4ber den Rechtsschutz bei  $\tilde{A}^{1}$ /4berlangen Gerichtsverfahren und strafrechtlichen Ermittlungsverfahren ( $\tilde{A}$  $\square$ GG) relevante Zeiteinheit ist hierbei der Monat (Hessisches LSG, Urteil vom 1. August 2018  $\hat{a}$  $\square$  $\square$  L 6 SF 2/18 EK SB  $\hat{a}$  $\square$  $\square$ , Rn. 29, juris).

- a) Das Ausgangsverfahren vor dem Sozialgericht Kassel begann mit dem Festsetzungsgesuch des Klägers am 17. Oktober 2014 und endete durch gerichtlichen Beschluss am 8. April 2020. Es erreichte damit eine Gesamtdauer von 65 Monaten.Â
- b) Das Verfahren dauerte unangemessen lang.

Fýr die Entscheidung, ob eine ýberlange Verfahrensdauer vorliegt, sind aktive und inaktive Zeiten der Bearbeitung gegenýberzustellen. Dabei sind dem Ausgangsgericht gewisse Vorbereitungs- und Bedenkzeiten, die regelmÃxÃ|ig je Instanz zxölf Monate betragen, als angemessen zuzugestehen, selbst wenn sie nicht durch konkrete Verfahrensförderungsschritte als begrýndet und gerechtfertigt angesehen werden können (Hessisches LSG, Urteil vom 1. August 2018 â|0 L 6 SF 2/18 EK SB â0 Rn. 47, juris; so auch: LSG Berlin-Brandenburg, Urteil vom 26. Mai 2020 â0 L 37 SF 149/19 EK AS â0 Rn. 25, juris).

Von den 65 Monaten der Verfahrenslaufzeit am Sozialgericht sind die Zeiten der aktiven VerfahrensfĶrderung durch das Gericht in Abzug zu bringen; des Weiteren ist sie um die allgemein akzeptierte Vorbereitungs- und Bedenkzeit von 12 Monaten zu bereinigen.

Nachdem der ProzessbevollmĤchtigte am 17. Oktober 2014 die Kostenfestsetzung beantragt hatte und der Beklagte im Oktober 2014 eine Stellungnahme abgegeben hatte, wurden die Kosten nach einer Sachstandsanfrage des ProzessbevollmĤchtigten durch den Urkundsbeamten am 17. April 2015 festgesetzt, woraufhin der ProzessbevollmĤchtigte am 21. April 2015 Erinnerung einlegte. Bis zur Kostenfestsetzung ist eine aktive VerfahrensfĶrderung durch das Gericht von einem Monat festzustellen.Â

Nach Erhebung der Erinnerung ergibt sich aus der Akte ein Schriftwechsel der Beteiligten vom 26. Mai 2015 bis 6. Juni 2015 und vom 25. November 2015 bis 3. Dezember 2015, so dass eine weitere aktive VerfahrensfĶrderung durch das Gericht von zwei Monaten festzustellen ist.Â

Die aktive VerfahrensfĶrderung belĤuft sich insgesamt auf 3 Monate.

Von den 65 Monaten Verfahrensdauer ist dieser dreimonatige Zeitraum abzuziehen, so dass ein Zeitraum von 62 Monaten verbleibt. Dieser Zeitraum ist des Weiteren noch um die allgemein akzeptierte Vorbereitungs- und Bedenkzeit von 12 Monaten zu bereinigen.Â

Anlass, die Zeitspanne von 12 Monaten zu reduzieren, besteht vorliegend nicht, zumal das Verfahren aufgrund der Erinnerung des KlĤgers in zwei Verfahrensschritte mit unterschiedlichen EntscheidungstrĤgern unterteilt war. Fýr eine generelle Reduzierung dieser allgemeinen Vorbereitungs- und Bedenkzeit besteht auch im Hinblick auf die vielfach einfach gelagerten Rechtsfragen der Kostenfestsetzung kein Bedürfnis. Zur Ausübung seiner verfahrensgestaltenden Befugnisse ist dem Gericht ein Spielraum zuzubilligen, der es ihm ermĶglicht, dem Umfang und der Schwierigkeit der einzelnen Rechtssachen ausgewogen Rechnung zu tragen und darüber zu entscheiden, wann es welches Verfahren mit welchem Aufwand sinnvollerweise fĶrdern kann und welche Verfahrenshandlungen dazu erforderlich sind (vgl. BGH, Urteil vom 12. Februar 2015, <u>III ZR 141/14</u> â∏∏ juris). Es gibt keinen Grund, diesen Gestaltungsspielraum bei einfach gelagerten Fällen â∏∏ wie sie Erinnerungsverfahren häufig sind â∏∏ zu verengen und das Gericht fþr verpflichtet zu erachten, solche FĤlle gegenļber rechtlich schwierigeren oder tatsÃxchlich ermittlungs- und damit zeitintensiven Verfahren vorzuziehen. In Erinnerungsverfahren, welche keine besondere Bedeutung haben, gilt dies erst recht, wenn â∏∏ wie hier â∏∏ keine ihre vordringliche Bearbeitung gebietenden Umstände (objektiv) vorlagen; solche wurden vom Kläger auch nicht in verifizierbarer Art und Weise (subjektiv) geltend gemacht (SÃxchsisches LSG, Urteil vom 22. Januar 2018 â∏∏ <u>L 11 SF 45/16 EK</u> â∏∏, Rn. 67, juris; Hessisches LSG, Urteil vom 1. August 2018 â∏∏ <u>L 6 SF 2/18 EK SB</u> â∏∏, Rn. 47, juris).

Insgesamt ist es damit in 50 Kalendermonaten zu gerichtlicher InaktivitÃxt gekommen.

In einem nächsten Schritt ist der Ablauf des Verfahrens an den von § 198 Abs. 1 Satz 2 GVG genannten Kriterien zu messen (Hessisches LSG, Urteil vom 1. August 2018 â $\square$  L 6 SF 2/18 EK SB â $\square$ , Rn. 31, juris). Bei der Feststellung der Tatsachen, die zur Ausfýllung der von § 198 Abs. 1 Satz 2 GVG genannten unbestimmten Rechtsbegriffe erforderlich sind, kommt dem Entschädigungsgericht ein erheblicher tatrichterlicher Beurteilungsspielraum zu (vgl. im Einzelnen BSG, Urteil vom 3. September 2014, B 10 Ã $\square$ G 2/13 R â $\square$  juris; Hessisches LSG, Urteil vom 1. August 2018 â $\square$  L 6 SF 2/18 EK SB â $\square$ , Rn. 31, juris).Â

Ob ein Verfahren als unangemessen lang zu bewerten ist, richtet sich demnach nicht nach starren Fristen, sondern nach den Umst $\tilde{A}$  $\times$ nden des Einzelfalls, insbesondere nach der Schwierigkeit und Bedeutung des Verfahrens und nach dem Verhalten der Verfahrensbeteiligten und Dritter (Hessisches LSG, Urteil vom 1. August 2018  $\hat{a}$  $\square$  L 6 SF 2/18 EK SB  $\hat{a}$  $\square$ , Rn. 32 ff, juris). Weiter hat der Senat ausgef $\tilde{A}$  $^{1}$ /4hrt: $\hat{A}$ 

â∏Eine generelle Festlegung, wann ein Verfahren unverhältnismäÃ∏ig lange dauert, ist nicht möglich (am MaÃ∏stab von Art. 19 Abs. 4 GG: BVerfG, Beschluss vom 30. August 2016 â∏ 2 BvC 26/14 â∏ Vz 1/16; BVerfG, Beschluss vom 27. September 2011 â∏ 1 BvR 232/11), zumal Zügigkeit oder Verfahrensbeschleunigung keine absoluten Werte sind, sondern stets im Zusammenhang mit den übrigen Verfahrensgrundsätzen, insbesondere dem Amtsermittlungsgrundsatz und dem damit korrespondierenden Interesse der

Verfahrensbeteiligten an einer grÃ⅓ndlichen und zutreffenden Bearbeitung durch das Gericht zu sehen sind. <u>§ 198 Abs. 1 Satz 2 GVG</u> ist nach Entstehungsgeschichte und Zielsetzung unter BerÃ⅓cksichtigung der Rechtsprechung des BVerfG zu <u>Art. 19 Abs. 4 GG</u> und <u>Art. 2 Abs. 1</u> i.V.m. <u>Art. 20 Abs. 3 GG</u> sowie des EGMR zu <u>Art. 6</u>, <u>13 EMRK</u> auszulegen (BGH, Urteil vom 14. November 2013 â∏ III ZR 376/12 â∏ juris Rn. 29; Schenke, NVwZ 2012, 257, 258). <u>§ 198 Abs. 1 Satz 2 GVG</u> benennt insoweit nur beispielhaft und ohne abschlieÃ∏enden Charakter Umstände, die fÃ⅓r die Beurteilung der Angemessenheit besonders bedeutsam sind.

WĤhrend die rechtliche wie tatsĤchliche Schwierigkeit, der Umfang und die KomplexitÃxt des Falls sowie die Bedeutung des Rechtsstreits Faktoren für eine notwendige Dauer angemessener Sachbehandlung und VerfahrensfĶrderung sind, ist insbesondere das Verhalten des EntschĤdigungsklĤgers fļr die Frage relevant, welche Dauer der KlĤger aufgrund eigenen Verhaltens als noch angemessen hinzunehmen hat. Auf der anderen Seite kann sich der Staat nicht auf solche UmstĤnde berufen, die in seinem Verantwortungsbereich liegen (st. Rspr. des BVerfG, aus jüngerer Zeit z.B. Beschluss der 3. Kammer des Ersten Senats vom 14. Dezember 2010 â∏ <u>1 BvR 404/10</u> â∏ juris). Ã∏berlastungstypische Verfahrensweisen kĶnnen ebenso wenig gegen eine Unangemessenheit angeführt werden wie die durchschnittliche Verfahrensdauer einer überlasteten Gerichtsbarkeit (vgl. zur Sozialgerichtsbarkeit, BVerfG, vom 14. Dezember 2010 â□□ 1 BvR 404/10 â∏∏ juris.). Die Beurteilung der Angemessenheit erfolgt daher im Rahmen einer Zurechnung, ob eine VerzĶgerung überwiegend auf das Verhalten der Beteiligten oder auf eine UntÄxtigkeit des Gerichts zurļckzufļhren ist (Magnus, ZZP 125 (2012), 75, 81 m.w.N.). Ungeachtet dessen haben die Gerichte aber auch die Gesamtdauer des Verfahrens zu berļcksichtigen und sich mit zunehmender Dauer nachhaltig um eine Beschleunigung des Verfahrens zu bem $\tilde{A}^{1}/_{4}$ hen (BVerfG, vom 14. Dezember 2010  $\hat{a} \sqcap \Pi = 1$  BvR 404/10  $\hat{a} \sqcap \Pi = 1$  a.a.O.). Insoweit beeinflusst die absolute Verfahrensdauer die Würdigung der VerfahrensfĶrderung in einzelnen Abschnitten des Gerichtsverfahrens: Einerseits kann bei ungewĶhnlich langen Laufzeiten im Einzelfall eine Vermutung fýr die Unangemessenheit ohne weitere Würdigung des Verhaltens der Beteiligten oder der VerfahrensfĶrderung durch das Gericht sprechen (EGMR, Urteil vom 5. Oktober 2006 â∏∏ 66491/01); andererseits kann eine (relative) Verzögerung in einem bestimmten Verfahrensstadium vertretbar sein, wenn die Gesamtverfahrensdauer nicht als unangemessen erachtet werden kann (EGMR, Urteil vom 2. Juni 2009 â∏∏ 36853/05 Rn. 45 m.w.N.).

Beurteilungsma $\tilde{A}$  stab f $\tilde{A}$  die Verfahrensdauer ist mit Blick auf die  $\hat{a}$  auf den Zeitraum von der Einleitung bis zum rechtskr $\tilde{A}$  aftigen Abschluss des Verfahrens abstellende  $\hat{a}$  Legaldefinition in  $\hat{A}$  198 Abs. 6 Nr. 1 GVG das gesamte Verfahren bis zu seinem rechtskr $\tilde{A}$  aftigen Abschluss $\hat{a}$  (Hessisches LSG, Urteil vom 1. August 2018  $\hat{a}$  L 6 SF 2/18 EK SB  $\hat{a}$   $\hat{a}$ , Rn. 32 ff, juris).

Nach diesen MaÃ□stäben sind die Schwierigkeit als durchschnittlich und die Bedeutung des Ausgangsverfahrens für den Kläger als unterdurchschnittlich anzusehen.Â

Wie der Senat in der Entscheidung vom 1. August 2018 â $\square$  L 6 SF 2/18 EK SB â $\square$  dargelegt hat, ergibt sich die fÃ $^1$ / $^4$ r die Beurteilung der Verfahrensdauer relevante Bedeutung des Verfahrens aus der allgemeinen Tragweite der Entscheidung fÃ $^1$ / $^4$ r die materiellen und ideellen Interessen der Beteiligten. Entscheidend ist deshalb auch, ob und wie sich der Zeitablauf nachteilig auf die Verfahrensposition des KlÃ $^2$ gers und das geltend gemachte materielle Recht sowie mÃ $^4$ glicherweise auf seine weiteren gesch $^4$ / $^4$ tzten Interessen auswirkt (BSG, Urteil vom 3. September 2014 â $^4$  B 10  $^4$  B 10  $^4$  G 2/13 â $^4$  juris, Rn. 29).

aa) Die Bedeutung des Rechtsstreits war aus Sicht eines objektiven Beobachters in Kenntnis der Lebenssituation des Klägers unterdurchschnittlich. Bei dem Ausgangsverfahren handelte es sich um ein Kostenfestsetzungsverfahren mit dem Ziel, die auÃ□ergerichtlichen Kosten des Klägers feststellen zu lassen.

GrundsÃxtzlich bemisst sich die Bedeutung eines Verfahrens aus der allgemeinen Tragweite der Entscheidung fÃ $\frac{1}{4}$ r die materiellen und ideellen Interessen der Beteiligten (Röhl in: Schlegel/Voelzke, jurisPK-SGG, 1. Aufl.,  $\frac{\hat{A}}{\hat{S}}$  198 GVG (Stand: 10.12.2020), Rn. 31).

Nach der Rechtsprechung des BSG ist ein Kostenfestsetzungs- und Erinnerungsverfahren nach Erledigung des vorangegangenen Hauptsacheverfahrens fýr dessen Beteiligte im Hinblick auf eine mögliche Verursachung immaterieller Nachteile im Allgemeinen von untergeordneter Bedeutung (vgl., BSG, Urteil vom 10. Juli 2014 â $\square$  B 10 Ã $\square$ G 8/13 R â $\square$  juris; Bayerisches LSG, Urteil vom 16. Dezember 2015 â $\square$  L 8 SF 128/12 EK â $\square$  juris). Zur Begründung wird angeführt, dass im Mittelpunkt finanzielle Interessen des ProzessbevollmÃxchtigten stehen dürften (BSG, Urteil vom 10. Juli 2014 â $\square$  B 10 Ã $\square$ G 8/13 R Â , Rn. 31).

Im hiesigen Fall stehen nicht allein finanzielle Interessen des ProzessbevollmĤchtigten, sondern auch solche des KlĤgers im Streit, da die Festsetzung seines Kostenerstattungsanspruchs in Streit stand, ohne dass der KlĤger Prozesskostenhilfe erhielt.Â

Bei den geltend gemachten Gebühren in Höhe von insgesamt 532,53 Euro handelt es sich um einen erheblichen Geldbetrag. Das Kostenfestsetzungsverfahren war daher nicht von gänzlich untergeordneter wirtschaftlicher Bedeutung, da nicht die Festsetzung von Bagatellbeträgen in Streit stand. Dennoch ist das Verfahren von untergeordneter Bedeutung, da mit diesem Nebenfragen des Verfahrens zu klären waren, keine originären Sozialleistungsansprüche im Streit standen und nicht ersichtlich ist, dass sein Bevollmächtigter von dem Kläger letztlich höhere Beträge hätte einfordern können und wollen als gegenüber den Beklagten des Ausgangsverfahrens festgesetzt.Â

bb) Hinsichtlich der Gebýhrenfestsetzung ist von einem durchschnittlich schwierigen Verfahren auszugehen. Die Schwierigkeit des Verfahrens ist durch einen Vergleich mit durchschnittlich vorkommenden FÃxllen dieser Art zu ermitteln (Röhl in: Schlegel/Voelzke, jurisPK-SGG, 1. Aufl.,  $\frac{\hat{A}\S}{198}$  GVG (Stand: 10.12.2020),

Rn. 42). Streitig war in dem Erinnerungsverfahren die Festsetzung der Verfahrensund Terminsgeb $\tilde{A}^{1}_{4}$ hr. Im Erinnerungsverfahrens waren somit in ihrer Schwierigkeit durchschnittliche Rechtsfragen zu entscheiden. $\hat{A}$ 

cc) Bei der Bewertung des Anspruches ist auch zu berücksichtigen, dass der Kläger die Verzögerung des Rechtsstreits nicht verursacht hat. Dem Verhalten des Entschädigungsklägers im Ausgangsverfahren kommt unter dem Gesichtspunkt der Mitverursachung einer Verzögerung nach dem Rechtsgedanken des § 254 BGB wesentliches Gewicht zu (Röhl in: Schlegel/Voelzke, jurisPK-SGG, 1. Aufl., § 198 GVG (Stand: 10.12.2020), Rn. 45). Da im Verfahren lediglich die Erinnerung erhoben wurde und zur Erwiderung Stellung genommen wurde, ist weder ein verfahrensverzögerndes Verhalten des Klägers ersichtlich noch wird durch die Einreichung dieser Schriftsätze eine besondere Ã∏berlegungs- und Bearbeitungszeit beim Gericht ausgelöst (vgl. hierzu: Röhl in: Schlegel/Voelzke, jurisPK-SGG, 1. Aufl., § 198 GVG (Stand: 10.12.2020), Rn. 47).

dd) Neben diesen Faktoren ist  $\hat{a} \square \square$  wie der Senat bereits entschieden hat  $\hat{a} \square \square$  in die Betrachtung auch mit einzustellen, dass aus dem Anspruch auf Rechtsschutz in angemessener Zeit kein Recht auf sofortige Befassung des Gerichts mit jedem Rechtsschutzbegehren und dessen unverz $\tilde{A}^{1/4}$ gliche Erledigung folgt (Hessisches LSG, Urteil vom 1. August 2018  $\hat{a} \square \square$  L 6 SF 2/18 EK SB  $\hat{a} \square \square$ , Rn. 41, juris). $\hat{A}$ 

â∏Bereits aus nachvollziehbaren Gründen der öffentlichen Personalwirtschaft ist es gerichtsorganisatorisch mitunter unvermeidbar, Richtern oder Spruchkörpern einen relativ groÃ∏en Bestand an Verfahren zuzuweisen. Eine gleichzeitige inhaltlich tiefgehende Bearbeitung sÄxmtlicher Verfahren, die bei einem Gericht anhĤngig oder einem SpruchkĶrper bzw. Richter zugewiesen sind, ist insoweit schon aus tatsÄxchlichen Grļnden nicht mĶglich und wird auch von Art. 20 Abs. 3 GG bzw. Art. 6 Abs. 1 S. 1 EMRK nicht verlangt (BFH, Zwischenurteil vom 7. November 2013 â∏∏ X K 13/12). Je nach Bedeutung und Zeitabhängigkeit des Rechtsschutzziels und abhĤngig von der Schwierigkeit des Rechtsstreits sowie vom Verhalten des Rechtschutzsuchenden sind ihm gewisse Wartezeiten zuzumuten. GrundsÄxtzlich muss dabei jedem Gericht eine ausreichende Vorbereitungs- und Bearbeitungszeit zur Verfügung stehen (BGH, Urteil vom 13. März 2014 â∏∏ III ZR 91/13 Rn. 34). Ebenso sind Gerichte â∏ unter Beachtung des Gebots effektiven Rechtsschutzes â∏ berechtigt, einzelne (ältere und jüngere) Verfahren aus Gründen eines sachlichen, rechtlichen, persönlichen oder organisatorischen Zusammenhangs zu bestimmten Gruppen zusammenzufassen oder die Entscheidung einer bestimmten Sach- oder Rechtsfrage als dringlicher anzusehen als die Entscheidung anderer Fragen, auch wenn eine solche zeitliche â∏Bevorzugungâ∏∏ einzelner Verfahren jeweils zu einer längeren Dauer anderer Verfahren führt.

Es ist zu diesem Zweck aufgrund der besonderen Natur sozialgerichtlicher Verfahren in Ã\[\]bereinstimmung mit der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts (BSG, Urteil vom 3. September 2014 â\[\] B 10 Ã\[\] G 12/13 R) derzeit von folgenden Grunds\[\tilde{A}\]\*zen auszugehen: Die pers\[\tilde{A}\]\*Inliche und sachliche Ausstattung der Sozialgerichte muss einerseits so beschaffen sowie die gerichtsinterne Organisation

der GeschĤfte (GeschĤftsverteilung, Gestaltung von Dezernatswechseln etc.) so geregelt sein, dass ein Richter oder SpruchkĶrper die inhaltliche Bearbeitung und Auseinandersetzung mit der Sache wegen anderweitig anhĤngiger ggf. Ĥlterer oder vorrangiger Verfahren im Regelfall nicht lĤnger als zwĶlf Monate zurļckzustellen braucht.

SchlieÃ $\square$ lich kommt es â $\square$  auch wenn dies in § 198 Abs. 1 Satz 2 GVG als Kriterium zur Bestimmung der Angemessenheit nicht ausdrÃ $^1$ 4cklich erwÃ $^1$ 4nt wird â $\square$  fÃ $^1$ 4r eine Verletzung des Art. 6 EMRK durch den Beklagten wesentlich darauf an, ob ihm zurechenbare Verhaltensweisen des Gerichts zur Ã $^1$ berlÃ $^1$ 9nge des Verfahrens gefÃ $^1$ 4hrt haben. MaÃ $^1$ 9eblich sind dabei allein VerzÃ $^1$ 9gerungen, also sachlich nicht gerechtfertigte Zeiten des Verfahrens, insbesondere aufgrund von UntÃ $^1$ 2tigkeit des Gerichts (BSG, Urteil vom 3. September 2014 â $^1$ 1 B 10 Ã $^1$ 1 B 10 A $^1$ 1 R -, verÃ $^1$ 9ffentlicht in Juris; Hessisches LSG, Urteil vom 01. August 2018 â $^1$ 1 L 6 SF 2/18 EK SB â $^1$ 1, Rn. 41 ff, juris).

Auf dieser Grundlage ergibt die wertende Gesamtbetrachtung und AbwĤgung aller EinzelfallumstĤnde, dass die Verfahrensdauer unangemessen lang war, insbesondere, weil eine gerichtliche Inaktivität von 50 Monaten bestand. Der Unangemessenheit steht auch nicht der in diesem Zeitraum erfolgte Umzug des Gerichts entgegen, da es sich um ein vergleichsweise kurzfristiges Ereignis handelt. Der Sitzungsbetrieb und die Befassung mit Eilverfahren zählen zu den Kerndezernatsaufgaben von Richterinnen und Richtern und können zwar gegebenenfalls erklären, warum ein Spruchkörper die Kostensachen im konkreten Fall zurückstellt; im Entschädigungsklageverfahren kann jedoch die Ã□berlastung einer einzelnen Kammer oder auch eines Gerichts nicht entlastend berþcksichtigt werden.

3. Dem Kläger steht ein Entschädigungsanspruch in Geld zu. Nach den besonderen Umständen des vorliegenden Falles ist die Feststellung einer unangemessenen Verfahrensdauer allerdings nicht ausreichend für die erforderliche Wiedergutmachung.

GemäÃ□ <u>§ 198 Abs. 2 Satz 1 GVG</u> wird ein Nachteil, der nicht Vermögensnachteil ist, vermutet, wenn ein Gerichtsverfahren unangemessen lange gedauert hat. Dies beruht auf der Rechtsprechung des EGMR, der â□□eine starke, aber widerlegbare Vermutungâ□□ dafþr annimmt, dass die þberlange Verfahrensdauer einen Nichtvermögensschaden verursacht hat (Urteil vom 29. März 2006 â□□ <u>36813/97</u> â□□ juris).Â

a) Die gesetzliche Vermutung des § 198 Abs. 2 Satz 1 GVG ist nicht widerlegt.

Im Fall der Ä\[]berl\(\tilde{A}\)\mathbern ange ordnet \(\tilde{A}\)\square 198 Abs. 2 Satz 2 GVG hinsichtlich der Rechtsfolgen bei Erleiden eines solchen Nichtverm\(\tilde{A}\)\gensnachteils an, dass eine Geldentsch\(\tilde{A}\)\mathbern digung nur beansprucht werden [kann], soweit nicht nach den Umst\(\tilde{A}\)\mathbern nden des Einzelfalles Wiedergutmachung auf andere Weise gem\(\tilde{A}\)\mathbern \(\tilde{A}\)\mathbern Absatz 4 ausreichend ist.\(\tilde{A}\)

Die Feststellung der Unangemessenheit der Verfahrensdauer durch das Entschä¤digungsgericht ist im Gesetz ausdrä½cklich als eine der Mä¶glichkeiten bezeichnet, Wiedergutmachung auf andere Weise als durch Zuerkennung eines Geldanspruchs zu leisten (å§ 198 Abs. 4 Satz 1 GVG). Die Entschä¤digung fä¾r immaterielle Nachteile soll gleichzeitig pauschal eine mä¶gliche Verschlechterung der Verfahrensposition des Entschä¤digungsklä¤gers durch das ä¾berlange Ausgangsverfahren abgelten (Rä¶hl in: Schlegel/Voelzke, jurisPK-SGG, 1. Aufl., å§ 198 GVG (Stand: 10.12.2020), Rn. 114).

Eine Wiedergutmachung des NichtvermĶgensschadens auf andere Weise nach ŧ 198 Abs. 4 GVG ist hier nicht ausreichend. Nach ŧ 198 Abs. 4 Satz 3 Halbsatz 2 GVG kann das EntschĤdigungsgericht die bloÄ□e Feststellung der Ä□berlĤnge des Ausgangsverfahrens aussprechen, wenn eine oder mehrere Voraussetzungen des ŧ 198 Abs. 3 GVG nicht erfļllt sind; davon umfasst sind vor allem die FĤlle, in denen eine EntschĤdigung nicht beansprucht werden kann, weil die VerzĶgerungsrļge zu frļh oder gar nicht erhoben wurde (BT-Drucks. 17/3802. S. 22). Sind dagegen alle Voraussetzungen für einen EntschĤdigungsanspruch erfüllt, kommt eine Kompensation des NichtvermĶgensschadens durch die bloÄ□e Feststellung der Ã□berlĤnge ausnahmsweise dann in Betracht, wenn das Ausgangsverfahren für den Entschädigungskläger keine besondere Bedeutung hatte oder dieser durch sein Verhalten erheblich zur Verlängerung des Verfahrens beigetragen hat (BSG, Urteil vom 12. Februar 2015 B 10 Ã□G 11/13 R â□□ juris; Urteil vom 21. Februar 2013 â□□ B 10 Ã□G 1/12 KL â□□ juris).

# Diese Voraussetzungen liegen hier nicht vor. A

Zwar hat das Verfahren nur untergeordnete Bedeutung fÃ $\frac{1}{4}$ r den KlÃ $\frac{1}{4}$ ger, so dass bei einer begrenzten Ã $\frac{1}{2}$ berschreitung der angemessenen Dauer mÃ $\frac{1}{4}$ glicherweise auch eine entsprechende Feststellung zum Ausgleich des immateriellen Nachteils ausgereicht hÃ $\frac{1}{4}$ te. Hier ist jedoch weiter zu berÃ $\frac{1}{4}$ cksichtigen, dass der KlÃ $\frac{1}{4}$ ger durch sein Verhalten nicht zur VerlÃ $\frac{1}{4}$ ngerung des Verfahrens beigetragen hat, das Kostenfestsetzungsverfahren in seiner Dauer das Hauptsacheverfahren deutlich Ã $\frac{1}{4}$ bertraf und die Ã $\frac{1}{4}$ berlÃ $\frac{1}{4}$ nge des Verfahrens auf strukturelle gerichtliche Defizite zurÃ $\frac{1}{4}$ ckzufÃ $\frac{1}{4}$ hren ist. Â Â

Der Senat hat Anlass zur Annahme, dass die Verletzung des Anspruchs des KlĤgers auf Rechtsschutz in angemessener Zeit auf einer strukturellen Ä\[
\]berlastung des Sozialgerichts beruhte und sich darin eine generelle Vernachl\(\text{A}\)\\*\*ssigung des Anspruchs aus \(\text{Art 6 EMRK}\), \(\text{Art 19 Abs. 4 GG}\) ausdr\(\text{A}\)\'\\*\_4ckt (vgl. BSG, Urteil vom 12. Februar 2015 \(\text{a}\)\[
\] B 10 \(\text{A}\)\[
\] G 7/14 R \(\text{a}\)\[
\], \(\text{SozR 4-1720 A\)\} 198 Nr. 10, Rn. 45). \(\text{FA}\)\'\\*\_4r eine solche strukturelle \(\text{A}\)\[
\]berlastung spricht vor allem das gerichtliche Schreiben vom 17. April 2018, in welchem auf die zahlreichen anh\(\text{A}\)\\*\*ngigen Verfahren einschlie\(\text{A}\)\[
\] lich Eilverfahren verwiesen wird, also Gesichtspunkte, die, wenn sie zu einer mehrj\(\text{A}\)\\*\*nrigen \(\text{A}\)\[
\]berl\(\text{A}\)\\*\*nge von Nebenverfahren f\(\text{A}\)\\*\_4hren, auf eine allgemein unzureichende Personalausstattung oder Organisation hinweisen.\(\text{A}\)

Der aus einer solchen strukturellen und deshalb generellen VernachlĤssigung des Anspruchs auf Rechtsschutz in angemessener Zeit resultierende individuelle

Grundrechtsversto $\tilde{A}$  wiegt besonders schwer (vgl. BSG, Urteil vom 3. September 2014  $\hat{A}$  B 10  $\tilde{A}$  G 2/13 R  $\hat{a}$  SozR 4-1720  $\hat{A}$  SozR 198 Nr. 3 RdNr 34 m.w.N.; BSG, Urteil vom 12. Februar 2015  $\hat{a}$  B 10  $\tilde{A}$  G 7/14 R  $\hat{a}$  SozR 4-1720  $\hat{A}$  SozR 198 Nr. 10, Rn. 44  $\hat{a}$  G 45). $\hat{A}$ 

Alle diese Gründe sprechen maà geblich dagegen, eine bloà e Feststellung der à berlà nge ausreichen zu lassen, um das jahrelange Warten des Klà ngers auf eine endgültige Entscheidung über seine kostenrechtlichen Ansprüche und die damit verbundenen Enttà nuschungen wenigstens teilweise wiedergutzumachen.

b) Nach Auffassung des Senates erscheint vorliegend die Annahme eines zu entschĤdigenden Nachteils in einem geringen AusmaÄ∏ als gerechtfertigt.

GemäÃ $\square$  <u>§ 198 Abs. 2 Satz 3 GVG</u> beträgt der Richtwert einer Entschädigung regelmäÃ $\square$ ig 100,00 Euro monatlich. GemäÃ $\square$  <u>§ 198 Abs. 2 Satz 4 GVG</u> kann das Gericht jedoch einen höheren oder niedrigeren Betrag festsetzen, wenn der Betrag gemäÃ $\square$  Satz 3 nach den Umständen des Einzelfalles unbillig ist.Â

Der Senat macht von dem in <u>§ 198 Abs. 2 Satz 4 GVG</u> einger Aumten Ermessen Gebrauch und setzt den monatlichen Betrag auf 20,00 Euro fest.

Gegen eine EntschĤdigung in Höhe des Richtwertes von 100,00 Euro monatlich spricht die Bindungswirkung des klägerischen Antrages. Der rechtskundig vertretene Kläger hat sein Begehren auf die Entschädigung in Höhe von 20,00 Euro monatlich ab Erhebung der Verzögerungsrýge bis zum Abschluss des Verfahrens begrenzt. Aufgrund des aus § 123 SGG folgenden Verfahrensgrundsatzes â∏ne ultra petitaâ∏ darf das Gericht daher nicht mehr zusprechen als gewollt ist (Keller, in: Meyer-Ladewig, SGG-Kommentar, 13. Aufl. 2020, § 123 Rn. 4).Â

Gegen eine EntschĤdigung in Höhe von 100,00 Euro monatlich spricht neben der Antragstellung des KlĤgers, dass im Ausgangsverfahrens die Festsetzung auÃ∏ergerichtlicher Kosten in Höhe von 532,53 Euro begehrt worden. Eine EntschĤdigung in Höhe von 100,00 Euro monatlich ergäbe bei 50 Monaten einen Betrag von 5.000,00 Euro. Dieser würde den Streitwert des Ausgangsverfahrens um ein Vielfaches übersteigen. Daher erscheint es dem Senat vom Ergebnis her unbillig, eine ungekürzte Entschädigungspauschale von 100,00 Euro monatlich zu bejahen.Â

Unter Berýcksichtigung aller Umstände des Einzelfalles erscheint dem Senat ein Entschädigungsbetrag von 20,00 Euro pro Monat der Verzögerung als angemessen, womit dem Kläger aufgrund der Begrenzungswirkung seines Antrages nach § 123 SGG eine Entschädigung von 920,00 Euro für 46 Monate zuzusprechen ist. Diesen Entschädigungsbetrag hält der Senat als ausreichend und angemessen, um der Bedeutung des Kostenfestsetzungsverfahren für den Kläger hinreichend Rechnung zu tragen.

Der Senat hält in diesem spezifischen Einzelfall aufgrund der Dauer des Verfahrens die beantragte Entschädigung für angemessen. Hierbei wurde berücksichtigt,

dass das klā¤gerische Verhalten keine Ursache fã¼r die Verfahrensdauer setzte. Die Festsetzung erfolgt in Kenntnis der Entscheidungen LSG Mecklenburg-Vorpommern vom 8. Juni 2016 (<u>L 12 SF 9/14 EK AS</u>) und vom 12. Februar 2020 (<u>L 12 SF 39/17 EK AS</u>). Anders als in den dort entschiedenen Sachverhalten wurden im Ausgangsverfahren nicht nur Bagatellbetrã¤ge verfolgt noch stehen im hiesigen Verfahren allein Interessen des Prozessbevollmã¤chtigten in Streit: Immerhin war der Klã¤ger seinem Prozessbevollmã¤chtigten gegenüber durch den Anwaltsvertrag verpflichtet; zudem gewinnt ab einer gewissen Dauer des Kostenfestsetzungsverfahrens auch sein Interesse daran Gewicht, dass sein Bevollmã¤chtigter mã¶glicherweise auch in Zukunft wieder bereit ist, entsprechende Mandate zu übernehmen. Aus diesen Grã¼nden hã¤lt der Senat eine Entschã¤digung von 20 Euro monatlich fã¼r angemessen.

4. Der vom Kläger geltend gemachte Verzinsungsanspruch besteht als Anspruch auf Prozesszinsen Höhe von 5 Prozent Zinsen ýber dem Basiszinssatz nach § 94 Satz 2 SGG ab Rechtshängigkeit (BSG, Urteil vom 03. September 2014 â $\square$  B 10 Ã $\square$ G 2/14 R â $\square$ , SozR 4-1720 § 198 Nr. 5, Rn. 54; BSG, Urteil vom 12. Februar 2015 â $\square$  B 10 Ã $\square$ G 7/14 R â $\square$ D, SozR 4-1720 § 198 Nr. 10, Rn. 48) und nicht ab Erhebung der Verzögerungsrýge. Der Zinsanspruch folgt aus entsprechender Anwendung des § 288 Abs. 1, § 291 Satz 1 BGB. Ein darüber hinausgehender Zinsanspruch besteht nicht, insoweit war die Klage abzuweisen.

Die Kostenentscheidung beruht auf <u>§ 197a Abs. 1 Satz 1 SGG</u> in Verbindung mit <u>§ 155 Abs. 1</u> der Verwaltungsgerichtsordnung.

Gründe für die Zulassung der Revision liegen nicht vor (§ 160 Abs. 2 SGG).

Erstellt am: 10.01.2022

Zuletzt verändert am: 22.12.2024